

Januar 2026

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitglieder der Senioren-Union in der CSU,

Der **Kommunalwahlkampf für den 8. März** läuft auf vollen Touren. Bitte engagieren Sie sich vor Ort für unsere Kandidaten und bringen Sie zum Ausdruck, dass die Interessen der älteren Generation am besten von der CSU vertreten werden. Als inhaltliche Grundlage für Ihre Aktivitäten haben wir bereits am 17. Juli 2025 auf unserer Landesversammlung die **Deggendorfer Erklärung mit sieben Forderungen für eine seniorengerechte Kommunalpolitik** verabschiedet. Für den Endspurt haben wir diese zentralen Forderungen in einem eigenen SEN-Flyer zusammengefasst, den sie [hier](#) herunterladen können.

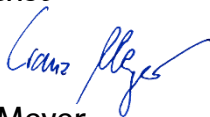


Bitte vergessen Sie nicht, grundsätzlich für den **Gang zur Wahlurne** zu werben. Vielleicht können Sie in Ihrem Heimatort vereinzelt **Fahrdienste** organisieren. Von besonderer Bedeutung sind die nun auch laufenden **Briefwahlen**. Gerade bei den komplizierten Kommunalwahlen mit mehreren und teilweise sehr großen Stimmzetteln bieten es sich für die Seniorinnen und Senioren oft an, zu Hause abzustimmen.

Ein weiteres ganz zentrales Thema ist die Gesundheitspolitik. Hier fordern wir, dass die Verantwortlichen gemeinsam eine grundlegende Reform erarbeiten. Einzelschlüsse wie die Ausgliederung von Zahnbehandlungen aus der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) führen nicht zum Ziel und verunsichern nur die Bevölkerung.

Zum guten Schluss darf ich Ihnen erneut einen Artikel von Herrn Dr. Hugo Müller-Vogg „Der Juso-Chef ruft zum Klassenkampf und will die Reichen vor Angst zittern lassen“ als Lektüre empfehlen. Viel Vergnügen!

Herzlichst
Ihr



Franz Meyer
Landesvorsitzender

5. Februar 2026

Gemeinsam eine grundlegende Reform der Gesundheitspolitik erarbeiten

Die umfassende Reform der Gesundheitspolitik hat für die Senioren-Union der CSU große Bedeutung. Vorstöße mit einzelnen Anregungen, die aus dem Gesamtzusammenhang der Reform genommen sind, machen aus der Sicht der Senioren-Union keinen Sinn. „Es bedarf gemeinsamer, großer Anstrengungen, die Gesundheitspolitik auf die Zukunft auszurichten. Spektakuläre, aber sachlich nicht fundierte Ideen aus der Union unterlaufen die Bemühungen, die Reform der Gesundheitspolitik systematisch und strukturiert voranzutreiben“, erklärt Franz Meyer, Landesvorsitzender der Senioren-Union der CSU. „Wie die öffentliche Diskussion zeigt, sind unausgeglichene Vorschläge nicht hilfreich. Die Schlagzeilen schaden aber der Union und der von ihr getragenen Bundesregierung. Das muss aufhören!“

Die Senioren-Union sieht insgesamt dringenden Reformbedarf bei den Sozialsystemen, sei es Rente, Pflege oder die Krankenversicherung. „Es ist notwendig, dass die eingesetzten Kommissionen jeweils Lösungspakete erarbeiten, um die Systeme der Sozialpolitik zukunftssicher aufzustellen. Vorgeschlagene Lösungen müssen im Sinne der Solidarität die Lasten gerecht verteilen und dadurch die Gesellschaft zusammenführen“, unterstreicht Dr. med. Christian Alex, gesundheitspolitischer Sprecher der Senioren-Union der CSU. „Aus dem Gesamtzusammenhang die zahnmedizinische Versorgung herauszunehmen und dazu unausgereifte Vorschläge zu machen, bringt uns nicht weiter. Deshalb begrüßt die Senioren-Union auch die klare Haltung der Bundesgesundheitsministerin Nina Warken zur Ablehnung dieser Vorschläge.“

Unterstützung des bayerischen Reha -Zukunftspakts

Als Kontrast zur bundespolitisch geführten Diskussion und als Beispiel für sinnvolles, strukturiertes Vorgehen sieht die Senioren-Union der CSU den bayerischen Reha-Zukunftspakt, der auf der Klausurtagung der CSU-Landtagsfraktion im Januar im Kloster Banz beschlossen wurde. „Das Konzept trägt der besonderen Verantwortung Bayerns Rechnung, die Rehabilitation zukunftsfest weiterzuentwickeln, und nennt dazu die entscheidenden strukturellen Weichenstellungen. Die Senioren-Union der CSU begrüßt besonders die im Punkt 3 vorgesehene, gezielte Stärkung der geriatrischen Rehabilitation,“ fasst Dr. med. Christian Alex die Bewertung der Senioren-Union zusammen. „Erfreulich ist auch, dass eine intensivere Nutzung der Digitalisierung und künstlichen Intelligenz in Rehabilitationseinrichtungen gefördert werden soll.“

Nüchtern gesehen:

Der Juso-Chef ruft zum Klassenkampf und will die Reichen vor Angst zittern lassen

Von Hugo Müller-Vogg

Die Reichen sollen wieder Angst haben: Juso-Chef Philipp Türmer setzt auf Klassenkampf und Neid.

+++++

So reden Sozialisten: „Ich will, dass ihnen das Lachen vergeht und dass sie wieder Angst vor uns haben“. Den anderen Furcht einzujagen, das war schon immer ein beliebtes sozialistisches Kampfmittel.

Philipp Türmer, Juso-Vorsitzender und sehr häufig Gast in öffentlich-rechtlichen Talkshows, hat das Angsteinflößen als politisches Instrument aus der Mottenkiste des Klassenkampfes wieder hervorgeholt.

Türmer wütet gegen „neuen Geldadel“

Wieder Angst haben sollen nach Türmers Vorstellung „die Reichen“. Wie es Reichen unter sozialistischer Herrschaft ergeht, konnten die Deutschen 40 Jahre lang am Beispiel der DDR studieren. Der gesamte Ostblock und mancher südamerikanische sozialistische Staat boten gleichfalls Anschauungsunterricht.

Dessen ungeachtet wütet Türmer gegen den durch „leistungslosen Reichtum“ entstandenen „neuen Geldadel. Wenn er stets laut und in anklagendem Tonfall tut, spricht aus seinen Worten und Gesten wie der „Kommunistenfaust“ der Hass auf wohlhabende Unternehmer im Allgemeinen und reiche Erben im Besonderen.

Gegen Menschen, „die durch die Arbeit anderer reich geworden sind“, agitiert er pausenlos. Was die „Arbeitenden“ zustande brächten, wenn es keine Ideengeber, Erfinder und Investoren gäbe, interessiert ihn nicht. Bei Familie Türmer kam das Geld immer vom Staat.

Angeblich befinden wir uns mitten im Klassenkampf

Mit Schärfe und Tonfall versucht der Sohn eines Ministerialdirektors und einer Oberstaatsanwältin wohl vergessen zu machen, dass ihm der proletarische „Stallgeruch“ fehlt und er nicht glaubwürdig in die Rolle des „Arbeiterführers“ schlüpfen kann.

Ob die Hassobjekte der jungen Sozialisten in der SPD wie im marxistischen Klassenkampf um Freiheit und Leben fürchten müssen oder in der sozialdemokratischen Klassenkampf-Variante nur um deutlich höhere, auf Teilenteignung abzielende Steuern, ließ Türmer bisher offen. Gut möglich, dass er selbst nicht so genau weiß, was er so alles in Mikrofone brüllt.

Jedenfalls befinden wir uns nach Türmers Analyse mitten im Klassenkampf, wie er jetzt im Tagesspiegel schrieb. Natürlich wurde dieser Kampf von der „neoliberalen“ CDU angezettelt.

Das „Kapital“ hat gar keine politischen Handlanger

Bei Marx standen sich die Kapitalisten und die von ihnen ausgebeutete Arbeiterklasse gegenüber. Türmer hat jetzt eine neue Klassengesellschaft ausgemacht: Die von der Union vertretene „kleine Gruppe von Arbeitgebern“ gegen „46 Millionen Beschäftigte“. Ein etwas ungewöhnliches Klassenschema, aber gut.

Nach Marx verfügen die Kapitalisten nicht nur über die Produktionsmittel, sondern auch über die politische Macht. Wenn dem heute so wäre, warum schaffen es die bösen Kapitalisten dann nicht einmal, die CDU/CSU zu den von ihnen so dringend geforderten Steuersenkungen zu bewegen?

Ach richtig: Das „Kapital“ hat je gar keine politischen Handlanger, die mit absoluter Mehrheit seine Wünsche erfüllen könnten. Da muss aber immer erst die SPD gefragt werden, die meisten nein sagt. Sozialdemokraten als Veto-Macht im Kapitalismus – so hatte sich Marx die Macht der Bourgeoisie nicht vorgestellt.

Kann nicht zwischen Angestellten und Selbständigen unterscheiden

Türmers Bild vom Kampf der Arbeitgeber gegen „die Interessen von 46 Millionen Beschäftigten“ zeugt überdies von mangelhaften Kenntnissen der Arbeitswelt. Türmer addiert nämlich einfach die rund 3,7 Millionen Selbständigen zu den rund 42 Millionen Arbeitnehmern.“

Ganz abgesehen davon: Wenn Türmer sich einmal in Werkshallen, Büros, im Einzelhandel, in wissenschaftlichen Einrichtungen oder in anderen Branchen umhörte, lernte er sehr schnell, dass diese 42 Millionen unselbständig Beschäftigten kein monolithischer Block sind.

Jeder Gewerkschaftsfunktionär wird ihm bestätigen, dass sich „die Arbeitnehmerschaft“ aus höchst unterschiedlichen Gruppen zusammensetzt. Das erklärt unter anderem, warum die Gewerkschaften sich so schwertun, mehr Mitglieder zu gewinnen.

Türmer hält die Arbeitnehmer für dumm

An Türmers schlichter Klassen-„Analyse“ lässt sich überdies ablesen, dass der Juso-Chef ohne eigene Berufserfahrung die 46 Millionen für ausgesprochen dumm hält. Schließlich stimmen die bei Wahlen – aus Juso-Perspektive – stets gegen ihre eigenen Interessen ab.

Obwohl die CDU/CSU laut Türmer die Interessen der Arbeitnehmer mit Füßen tritt, stimmten 22 Prozent der Arbeiter und 26 Prozent der Angestellten bei der Bundestagswahl 2025 für die CDU/CSU, also den „Klassenfeind“. Türmers SPD, angeblich Schutzmacht der Arbeitnehmer, brachte es in beiden Wählergruppen nur auf 12 beziehungsweise 15 Prozent.

Es ist halt nicht so leicht, zugunsten einer Klasse in die Schlacht zu ziehen, wenn es diese Klasse so gar nicht gibt, und ihre vermeintlichen Mitglieder gar nicht merken, wer ihr Feind und wer ihr Freund ist.

„Wir brauchen mehr Neid-Debatten“

Sozialisten haben schon immer das Abweichen der Wirklichkeit von ihrer Theorie mit dem fehlenden Klassenbewusstsein der Ausgebeuteten und Verarmten begründet. Türmer bewegt sich da auf bekannten, ausgetretenen Pfaden.

Doch weiß Türmer Rat. „Wir brauchen mehr Neid-Debatten“, hatte er schon im vergangenen Jahr in der F.A.Z. gefordert. Neid beschreiben Psychologen als etwas sehr Destruktives. Der Neidische wolle das, was der andere hat, aber nicht haben soll. Der Neidische sei überzeugt, was der andere habe, stehe eigentlich ihm zu.

Der Ökonom Hans-Werner Sinn hat vor mehr als 20 Jahren schon konstatiert: „Die Deutschen haben den Sozialismus erfunden. Und der Sozialismus ist in seinem Kern eine Ideologie des Neides, der Versuch, die Missgunst hoffähig zu machen und ihr eine akzeptierte gesellschaftliche Organisationsform zu verschaffen.“ Neid und Missgunst – genau da setzt der Sozialist Türmer an.

Die Zielrichtung der Jusos ist klar: eine linke Regierung aus SPD, Grünen und Linken. Solche Träume des SPD-Nachwuchses gab es schon immer. In der Bevölkerung finden die keinen großen Anklang – aber zunehmend in der SPD-Funktionärskaste.

(Veröffentlicht auf www.focus.de am 7.Februar 2026)